



Altersarmut in Bremen

Liebe Leserinnen und Leser des
Durchblick,

jedes Jahr am 20. Februar ist der *Welttag der sozialen Gerechtigkeit*. Wie ist es damit in unserem Land bestellt? Fehlt es uns in Deutschland tatsächlich an Ernsthaftigkeit im Umgang mit Armut, wie *Heribert Prantl* in der *Süddeutschen Zeitung* schreibt? Ja, es gibt viel zu tun! In dieser aktuellen Ausgabe wollen wir versuchen, verschiedene Aspekte der **Altersarmut** in unserem Bundesland zu beleuchten und damit zu einem weitergehenden Diskurs anzuregen. Wohl wissend, dass dieses Thema nicht primär und ausschließlich Seniorinnen und Senioren trifft und betrifft, diese jedoch ohne jede Möglichkeit, daran noch etwas ändern zu können.

Wo sind die Stellschrauben, die helfen, eine *Altersarmut* zu verhindern, wann muss man sie drehen, wie hat sich die Ungleichheit zwischen arm und reich in den letzten Jahrzehnten bei uns entwickelt, welche Rolle kann und soll der Sozialstaat dabei übernehmen?

Am 5. Februar fand die 4. Bremer Armutskonferenz statt. Sie ermöglichte neben Sachvorträgen auch einen Blick in verschiedene Quartiere der Stadt mit der Frage, was seit der 1. Armutskonferenz im Jahr 2013 an Veränderungen erreicht wurde. Beeindruckend konnte zum Beispiel für den Bereich „*Neue Vahr*“ bezüglich älterer Menschen vor Ort gezeigt werden, was in diesem Ballungsgebiet mit über 27.000 Einwohnern auf engstem Raum in über 9.000 Mietwohnungen und fast 800 Eigenheimen für die über 8.000 dort lebenden Seniorinnen und Senioren von einer Vielzahl von Freiwilligen und Ehrenamtlichen geleistet und angeboten wird, mit und ohne die Unterstützung von behördlicher Seite.

Diesmal ohne Foto:

Das Gesicht der Altersarmut ist vielfältig. Wir denken beim Thema „Armut“ an Wohnungslose, Besucher der Tafel und an Pfandflaschensammler. Dabei ist das häufigste Erscheinungsbild für Altersarmut der alte Mensch, der zuhause in seiner Wohnung bleibt. Der Weg von der Altersarmut zur Alterseinsamkeit ist nicht weit.

Die subjektive Beurteilung der aktuellen Situation durch dort verantwortlich ehrenamtlich Tätige und die Beantwortung der Frage, was sich geändert hat, fällt dabei allerdings nicht positiv aus: Die Zahl der Senior*innen mit finanzieller Not sei gestiegen und scheinbar auch weiter zu steigen, der Bedarf an kostengünstigen Unterstützungsangeboten steige weiter, Begegnungstätigkeiten seien unterfinanziert, Leitungskräfte arbeiten ehrenamtlich für 8,5 Stunden, der Bedarf liege aber bei circa 20 Wochenstunden, um alle Anforderungen erfüllen zu können.

Auf jeden Fall eindrucksvoll war es, zu beobachten, mit welcher Freude die Ehrenamtlichen sich trotz allem in den verschiedenen Aktionsbereichen in dem Quartier mit nicht nachlassendem Engagement für die alten Menschen einsetzen und welche Befriedigung sie für sich selbst aus ihrem Einsatz dabei mitnehmen.

Ihr Dr. Dirk Mittermeier

Ihren Kommentar zu dieser besonderen Ausgabe des *Durchblick* nehme ich gerne unter d.mittermeier@web.de entgegen.

Vierte Bremer Armutskonferenz

Dr. Dirk Mittermeier, Mediensprecher der Seniorenvertretung Bremen

Mit über 200 Teilnehmer*innen war die vierte Bremer Armutskonferenz am 5. Februar wieder gut besucht. Nach der ersten Konferenz, die im Jahr 2013 stattfand, damals noch unter dem Titel „*Chancen- und Armutskonferenz*“ zu dem Thema „*Kinderarmut*“, gründete sich ein Bremer Bündnis für sozialen Zusammenhalt. Die zweite Armutskonferenz 2016 forderte bessere Chancen und bessere Teilhabe für Jugendliche in den Problembereichen Berufsausbildung und schulische Ausbildung. „*Armut macht krank*“ war das Thema der dritten Bremer Armutskonferenz im Jahr 2018, benannte Armut als Krankheitsrisiko und forderte die Weiterentwicklung von Gesundheitsförderung und Armutsprävention mit koordinierten Förderstrategien für die Quartiere.

Im Jahr 2020 war es nach Ansicht des organisierenden Initiativkreises Zeit für eine Zwischenbilanz: *Was konnte erreicht werden, was hat sich verändert?* Dies wurde konkret erfahrbar durch den „*Blick in die Bremer Quartiere*“ mit den Fragestellungen: *Wie hat sich die Stadt, wie haben sich die Quartiere verändert? Welche Strategien, Forderungen und Perspektiven gibt es in den Bremer Quartieren?*

In seinem Eingangsstatement, hinterlegte *René Böhme* (Universität Bremen, *iaw*) seinen bedrückenden Einblick in die soziale Spaltung der Stadt und die stadtteilbezogenen Disparitäten mit statistischem Material. Die Schere der sozialen Disparitäten geht immer weiter auf: Das durchschnittliche steuerpflichtige Jahreseinkommen liegt in den Quartieren zwischen 144.000€ in *Horn* und 18.000€ in *Neue Vahr Nord* (2013), der Bezug von Sozialleistungen nach SGB II liegt bei den unter 15jährigen zwischen 1% in *Borgfeld* und 58,5% in *Grohn* (2018), die Mittelwerte bei der Abiturquote liegen zwischen über 77% im Quartier *Bürgerpark* und 6,4% in *Grohn*. Dies alles sind Anzeichen von Segregation und die Bestätigung dafür, dass der Schlüssel für soziale Stärke in der Bildung zu suchen ist und diese wiederum durch den sozialen Status des Elternhauses bedingt ist.

Die politische Teilhabe zeigt ein entsprechendes Bild: Die Wahlbeteiligung liegt in den Quartieren zwischen über 85% in *Schwachhausen* und 42,6% in *Tenever* (2019). Im Ländervergleich nimmt Bremen bei der Einkommensarmut weiterhin gemessen am Bundesmedian den Spitzenplatz ein mit 22,7% (2018), im Großstadtvergleich liegt *Bremen* mit 21,6% hinter *Duisburg*, *Dortmund* und *Leipzig* auf dem viertschlechtesten Platz, *München* mit 10% an der Spitze. Der hohe Anteil von Kindern unter 18 Jahren in Hartz-IV-Haushalten von 30,3% sichert Bremen einen weiteren negativen Spitzenplatz im Großstädtevergleich. Bestandteil der 4. Armutskonferenz waren wohlorganisierte Besuche in insgesamt 17 Stadtquartieren, der „*Blick in die Bremer Quartiere*“.

Einen bemerkenswerten Vortrag am Nachmittag hielt der Soziologie-Professor *Stefan Sell* von der *Hochschule Koblenz* zum Thema „*Eine aktuelle Bewertung der Bundespolitik, und was die Stadtpolitik Bremen gegen Armut tun kann*“. Er hielt ein Plädoyer für die Einführung von Mindestsicherungsrenten jenseits der gerade in Berlin beschlossenen Grundrentenregelung, äußerte sich dezidiert zum Pflegenotstand und erläuterte mögliche Szenarien, die sich für das bestehende deutsche Rentensystem in den kommenden zehn Jahren aus dem Übergang der Babyboomer-Generation in das Rentendasein und den Übergang einer großen Zahl von Ostdeutschen in die Rente, die nach der Vereinigung keine rentenrelevanten Einkünfte erzielen konnten, für die Kommunen ergeben werden.

Ein Blick auf die Migranten in den Quartieren

Zeynep Sümer, Vorstandsmitglied der Seniorenvertretung i.d. Stadtgemeinde Bremen

„Die Spaltung der Stadt Bremen“, so hieß das Referat von René Böhme (Universität Bremen), in dem er seinen Blick auf Ungleichheiten in den Stadtteilen, auf dortige Armut, Einkommen, Sozialleistungen, Bildung, Gesundheit und politische Teilhabe richtete.

Aber wie verhält es sich mit dem Migrationsstatus in den Stadtteilen? Welche großen und tiefen Spaltungen gibt es? In welchen Stadtteilen herrscht besonders viel Armut? Wie viele Migrant*innen sind von Armut betroffen und auf Sozialleistungen angewiesen? Der Migrationsstatus in der Stadt Bremen und in den Stadtteilen: Die Gesamtbevölkerung in Bremen liegt bei 569.352, davon 37,3% (212.562) mit Migrationshintergrund. Der höchste Anteil an Migrant*innen besteht mit 55,1% in Gröpelingen, dort ist die Bevölkerungszahl 37.597, darunter Personen mit Migrationshintergrund 20.945. Zum Vergleich, in Schwachhausen liegt die Quote dagegen Personen mit Migrationshintergrund 21,5% (8.443) von insgesamt 39.161 Menschen, die in dem Stadtteil leben.

Große und tiefe Spaltungen gibt es in den Stadtteilen bei den Themen Altersarmut, Kinderarmut und bei Empfängern von der Sozialleistungen. Große Unterschiede bestehen in Bezug auf das jährlich durchschnittliche Einkommen zwischen Stadtteilen mit gesichertem Wohlstand und besonders betroffenen Stadtteilen mit verfestigter Armut. Im Vergleich zu den Stadtteilen, wie Schwachhausen mit 53.100€ und Oberneuland mit 75.025€ liegt das durchschnittliche Einkommen in Gröpelingen bei 17.611€ pro Jahr.

In Bremen leben 212.562 Menschen mit Migrationshintergrund, davon sind 35.240 auf Sozialleistungen angewiesen und insbesondere liegt die Quote bei Kindern unter 15 Jahren mit 65,8% (23.204) sehr hoch, die Quote bei der Altersgruppe von über 55 jährigen liegt im Vergleich bei 24,2% (8.538). Armut ist vor allem ein Problem von Migranten, aber sie leiden ebenso unter Arbeitslosigkeit, geringen Renten, sind Alleinerziehende und ihre Kinder, die ebenfalls unter den Umständen der Armut leiden. In den Stadtteilen, mit hoher Migrationsrate leben Migranten meistens unter sich und haben wenig Kontakte zu soziokulturellen Gruppen. Daher handelt es sich häufig nicht nur um eine finanzielle Armut, sondern auch um eine kulturelle und soziale Armut.

Quellen: Statistische Landesamt Bremen 31.12.2013, 31.12.2018
Bundesagentur für Arbeit 31.12. 2018

Grohn - Grohner Düne

Zeynep Sümer

Im zweiten Teil der 4. Bremer Armutskonferenz hatten die Teilnehmer*innen in Gruppen die Möglichkeit 17 Stadtquartiere zu besuchen. Eine Gruppe war in Grohn, Themen dort waren die Verminderung von Armutsfolgen für Kinder und die Förderung der Gesundheit. Grohn und die Grohner Düne sind ein Ortsteil des Stadtteils Vegesack. Seit 2005 ist der gesamte Ortsteil Grohn Projektgebiet der Sozialen Stadtentwicklungsprogramme „Wohnen in Nachbarschaften“ (WIN).

Grohn hat insgesamt 6.274 Einwohner, davon leben ca. 2.000 im Gebäudekomplex Grohner Düne. Die Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Grohn beträgt 54,9%, im Alter unter 18 Jahren sind 78,6%. Die Baublockebene Grohner Düne ist in den letzten Jahren Einwande-

rungsort für Zuwanderer aus den arabischsprechenden Ländern, aus Afrika und dem Kosovo geworden. *Große Düne* 86,9%, *kleine Düne* 95,4%. Der Anteil der unter 18jährigen beträgt auf der *großen Düne* 92,3%, auf der *kleinen Düne* 99%. Die Bedarfsgemeinschaften auf der *Grohner Düne* umfassen circa 65% (SGBII). Die Leistungsberechtigten (SGBII) unter 15 Jahren erreichen dort sogar 82–88%.

(Quelle: Angaben von Quartiersmanager-Tabellen Kleinraum-baublok-5752. Vegesack 2018)

Förderung:

Nach einem Rundgang mit dem Quartiersmanager *Christian Ganske* und einigen Gesprächen mit Bewohner*innen und Akteur*innen des Quartiers wurde über die Situation vor Ort, über neue Herausforderungen, Bedürfnisse und Perspektiven diskutiert. Es gibt Unterstützung durch verschiedene auf Integration und nachbarschaftliche Zusammenarbeit ausgerichtete Förderprogramme, zum Beispiel für Gesundheitsfachkräfte an Bremer Grundschulen. Insgesamt setzen 12 Grundschulen in Bremen und Bremerhaven seit Beginn des Schuljahres 2018/2019 sieben „*Fachkräfte für Prävention und Gesundheitsförderung*“ ein. Es handelt sich zunächst um ein 3jähriges Modellprojekt, gefördert von der Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz und den gesetzlichen Krankenkassen im Land Bremen. Dazu gehören auch Projekte für die Unterrichtsgestaltung, für Elternarbeit und für die individuelle Beratung von Eltern und Schülerinnen. Das *WIN-Projekt* befasst sich in *Grohn* mit der Verbesserung der Lebensqualität von Kindern und deren Familien, mit der Vermeidung von Gewalt, mit gesunder Ernährung, mit der Interkulturellität, mit Sprachentwicklung, mit der Orientierung im staatlichen System und mit Bildungsfragen.

Die *Grohner Düne* bietet auch Chancen für Bewohner*innen: Eine Bewohnerin, die vor fünf Jahren von *Syrien* nach *Deutschland* gekommen ist und inzwischen Deutsch gelernt und Arbeit gefunden hat, erzählte, dass die Bewohner*innen auf der *Grohner Düne* zufrieden sind und friedlich miteinander leben. Sie wünschen sich aber bei Gesprächen mit Deutschen mehr „Augenhöhe“. Vorurteile seien zurückgegangen und auch die Kriminalität habe in zwei Jahren um 80% abgenommen.

HINWEIS:

Liebe Leser*innen, die jeweils aktuelle Ausgabe des „Durchblick“ (DB) finden Sie auch auf unserem Internet-Blog „SeniorenLotse“ unter <https://seniorenlotse.bremen.de/durchblick-archiv>. Zusätzlich sind hier alle Ausgaben des DB der letzten fünf Jahre gespeichert und abrufbar. Hier ist auch umfangreicheres Hintergrundmaterial zu verschiedenen Themen hinterlegt.

Armut in Deutschland und Bremen

Dr. Karl Bronke

Wer ist arm?

Wenn wir an Armut denken, fällt uns vielleicht der Wohnungslose ein, der am Bahnhof mit einer Plastiktüte Pfandflaschen sammelt. Aber Armut hat viele Gesichter: es ist die Alleinerziehende, die nicht Vollzeit arbeiten kann, es ist der 50jährige, dessen Betrieb Pleite gegangen ist oder die Rentnerin mit einer zu kleinen Rente. In Deutschland ist jeder Siebte arm.

Wann ist man arm?

Armut wird in der EU folgendermaßen definiert: eine Person gilt als einkommensarm, die mit ihrem Einkommen unter 60 Prozent des mittleren Einkommens liegt. Dabei handelt es sich um das gesamte Nettoeinkommen des Haushaltes inklusive Wohngeld, Kindergeld, Kinderzuschlag, anderer Transferleistungen oder sonstiger Zuwendungen.

Wie wird das berechnet?

Beim mittleren Einkommen handelt es sich nicht um das geläufige Durchschnittseinkommen. Dieses wird ja ermittelt, indem man alle Haushaltseinkommen addiert und die Summe dann durch die Anzahl der Haushalte teilt (arithmetisches Mittel). Es wird stattdessen der sogenannte Median, der mittlere Wert, errechnet: Alle Haushalte werden nach ihrem Einkommen der Reihe nach geordnet, wobei das Einkommen des Haushalts in der Mitte der Reihe den Mittelwert bzw. Median darstellt. Das hat zur Folge, dass statistische Ausreißer nicht ins Gewicht fallen.

Wo liegt denn nun die Grenze?

Die sogenannte Armutsschwelle liegt aktuell für eine Einzelperson bei 1035 € monatlich. Wer weniger zur Verfügung hat, gilt als einkommensarm. Bei größeren Haushalten wird dieser Wert nicht einfach addiert, denn bestimmte Kosten fallen nicht doppelt an (z.B. Miete). Der Wert beträgt für ein Paar ohne Kinder 1553 €, für ein Paar mit zwei kleinen Kindern 2174 €.

Wieviel Menschen sind arm?

Der Anteil armer Menschen betrug in Deutschland im Jahr 2018 15,5%. Dieser Wert hat sich in den vergangenen Jahren nicht wesentlich verändert. 2005 betrug er 14,7 %, 2017 15,8%. Überdurchschnittlich betroffen sind junge Erwachsene, Alleinerziehende, große Familien, Erwerbslose und Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit.

Wie steht es um die Seniorinnen und Senioren?

Ihre Armutsquote ist leicht unterdurchschnittlich, sie liegt bei 14,7%. Aber sie ist in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen und nimmt weiter zu.

Wie steht Bremen?

Die aktuelle Armutsquote im Land Bremen beträgt 22,7%, auch hier hat es in den vergangenen Jahren wenig Veränderungen gegeben (2008: 22,2%, 2017 23,0%). Verglichen mit den anderen Bundesländern liegt Bremen an der Spitze. Stadtstaaten und Flächenländer sind aber schwer zu vergleichen. Vergleicht man die Stadt Bremen mit anderen Großstädten der gleichen Größe, liegt Bremen im oberen Mittelfeld.

Wo kann ich mich informieren?

Die Daten stehen sehr gut aufbereitet auf dem gemeinsamen Statistikportal des Bundes und der Länder (www.statistikportal.de/de/sbe). Gut lesbar ist auch der Armutsbericht des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes (www.der-paritaetische.de/schwerpunkt/armutsbericht/). Auf der Seite des Paritätischen Bremen stehen die Ergebnisse der 4. Bremer Armutskonferenz (www.paritaet-bremen.de)

**Der DGB Rentenreport Bremen 2020:
Altersarmut ist bereits heute ein zentrales Problem!**

Annette Düring, DGB Regionsvorsitzende Bremen

In der Diskussion um die gesetzliche Rentenversicherung fällt auf: Altersarmut wird vor allem als Zukunftsthema diskutiert. Dabei erhalten bereits heute viele Rentnerinnen und Rentner in Bremen und Bremerhaven Renten, die für sie Armut bedeuten.

Der *DGB Rentenreport Bremen 2020* zeigt deutlich auf, wie sich die Situation von Rentnerinnen und Rentnern verschlechtert hat. Während Bestandsrentner im Jahr 2018 noch etwa 1.176 Euro Rente erhielten, bekamen Frauen im Schnitt Renten von 694 Euro ausgezahlt. Noch deutlicher wird dieser Trend bei Rentner*innen, die 2018 das erste Mal eine Rente aus-

gezahlt bekamen. Männer erhielten im Schnitt 1066 Euro Rente, Frauen 728 Euro. Damit ist die Durchschnittsrente von Frauen zwar gestiegen, drei Viertel der Rentnerinnen bekommen jedoch weiterhin Renten unterhalb der Armutsgefährdungsgrenze von 1.035 Euro ausgezahlt. 20 Prozent der Neurentnerinnen im Land Bremen bekommen Renten ausgezahlt, die unter 300 Euro liegen. **Frauen sind besonders häufig von Altersarmut betroffen.**

Die Auswertung des *DGB* zeigt deutlich: Um eine weitere Zunahme der Altersarmut zu verhindern, muss die Politik an zwei Punkten ansetzen: Zum einen muss das Rentenniveau bei 48 Prozent stabilisiert und in einem nächsten Schritt auf 50 Prozent angehoben werden. Die Absenkung und Teilprivatisierung der Rente, die Anfang der 2000er Jahre beschlossen wurde, sind Gift für die gesetzliche Rente. Hier liegt eine zentrale Stellschraube zur Reduzierung der Altersarmut.

Darüber hinaus sind die großen finanziellen Unterschiede in der Rente ein Spiegelbild des Erwerbslebens. Der Anteil an atypischer Beschäftigung ist mit 39,4 Prozent in Bremen und Bremerhaven weiterhin viel zu hoch. Gute Löhne und gute Arbeit ist häufig Männerarbeit: Gerade von Frauen geprägte Branchen sind überdurchschnittlich von niedrigen Löhnen, prekären Arbeitsverhältnissen und Tarifflicht betroffen. Wer während des Erwerbslebens vor allem atypisch oder in Teilzeit beschäftigt ist, hat eine deutlich schlechtere Rente zu erwarten. Dies betrifft insbesondere Frauen, wie der *DGB Rentenreport Bremen 2020* aufzeigt.

Daher ist nicht nur ein Kurswechsel in der Frage des Rentenniveaus notwendig: Auch der Arbeitsmarkt muss dringend in Ordnung gebracht, der Niedriglohnsektor zurückgedrängt und die Tarifbindung gestärkt werden. Beide Maßnahmen, die Stabilisierung des Rentenniveaus und die Stärkung der Guten Arbeit, müssen gemeinsam angegangen werden, um die Altersarmut zu reduzieren und die Rente für ein gutes Leben im Alter aufzustellen.

Seniorenvertretung Bremen aktuell

Vorbeugende Sicherheitsmaßnahmen zum **Schutz vor einer Corona-Virus-Infektion** verändern zurzeit unser tägliches Leben. Welche Aktionen dabei angemessen sind, muss von Tag zu Tag neu beurteilt werden. Fakt ist, dass alte und ältere Menschen über 60 Jahre mit und ohne Vorerkrankungen als Risikogruppe besonders betroffen sind. Deshalb ist es notwendig, dass wir Alten alle **sorgsam und aufmerksam** mit der Situation umgehen.

Viele Veranstaltungen und Zusammenkünfte sind inzwischen abgesagt oder werden in den nächsten Tagen storniert. *„Es geht darum, Zeit zu gewinnen. Je langsamer sich das Virus verbreitet, desto besser kann sich das Gesundheitssystem darauf vorbereiten. Kranke zu behandeln, wenn die Zahl der Infizierten steigt“*, so Innensenator Ulrich Mäurer.

Hier eine kurze Zusammenstellung nützlicher Hinweise und Verhaltensregeln:

zu Hause bleiben, wann immer möglich, möglichst nur für Versorgungsgänge rausgehen; Zimmer regelmäßig lüften; nicht notwendige Reisen absagen oder verschieben; Abstand von 1 bis 2 m zu anderen Menschen halten; strenge Handhygiene beachten; private Kontakte auf das Notwendigste reduzieren bzw. Möglichkeiten ohne direkten/persönlichen Kontakt nutzen (Telefon, Internet etc.); Risikogruppen durch Familien- und Nachbarschaftshilfe versorgen: **Soziale Isolation ist keinesfalls eine Lösung! Nutzen Sie Ihr Telefon!** Füreinander einstehen und einander helfen und aktiv Hilfsangebote machen; gemeinschaftliche Treffen und Aktivitäten absagen (Vereine, Sportgruppen, größere private Feiern) enge Begrüßungsrituale vermeiden (Küsschen, Händeschütteln).

Seien Sie achtsam, passen Sie gut auf sich auf und bleiben Sie gesund!

Ein unterschätztes Armutsrisiko: Pflege

Dr. Karl Bronke, Vorsitzender des Weser-Bildungsverbundes Gesundheit und Pflege

Wo liegt das Problem?

Das Thema Pflege ist in aller Munde. Berichte über Fachkräftemangel und drohenden Pflege-Notstand beunruhigen uns, ebenso Reportagen über Missstände in einzelnen Heimen und bei einigen ambulanten Diensten. Aber Pflege ist auch ein Armutsrisiko. Das liegt an der Konstruktion der Pflegeversicherung: Sie sieht gedeckelte pauschale Leistungen vor, die Kosten für die Pflege liegen aber oft deutlich höher. Die eigenen Einkünfte reichen nicht mehr aus. Die Folge: zunächst werden die Rücklagen verbraucht, dann muss *Hilfe zur Pflege (Sozialhilfe)* beantragt werden. Sie sieht nur einen geringen Barbetrag zur persönlichen Verfügung vor, die Möglichkeiten zu Teilhabe im Alltag sind eingeschränkt.

Wer ist betroffen?

Im Land Bremen gab es 2017 circa 30.000 Pflegebedürftige, 6.000 davon lebten in Heimen, 15.000 wurden ausschließlich durch Angehörige versorgt, 8.000 gleichzeitig durch ambulante Dienste und Angehörige. Die Zahl der Pflegebedürftigen steigt kontinuierlich auf Grund der steigenden Lebenserwartung. Mit zunehmendem Alter steigt die Wahrscheinlichkeit pflegebedürftig zu sein. Während bei den 70– bis 74-Jährigen rund 6 % pflegebedürftig waren, wurde für die ab 90-Jährigen die höchste Pflegequote ermittelt: Der Anteil der Pflegebedürftigen an der Bevölkerung in diesem Alter betrug 71 %.

Was kann man tun?

Vorschläge zur Weiterentwicklung der Pflegeversicherung liegen auf dem Tisch. *Prof. Heinz Rothgang* von der Universität Bremen hat dazu ein sehr breit diskutiertes Gutachten vorgelegt (vgl. https://www.pro-pflegereform.de/fileadmin/default/user_upload/Zusammenfassung_-_Gutachten_Prof._Rothgang.pdf). Angesichts der immer weiter steigenden Eigenanteile der Pflegebedürftigen bei den Pflegeleistungen schlägt *Rothgang* eine Begrenzung des Eigenanteils auf eine feste Summe und einen festen Zeitraum vor. Die Konsequenzen von Leistungsverbesserungen und Preissteigerungen sind dann von der Pflegeversicherung zu tragen. Zur Finanzierung schlägt er einen Mix aus Beitragserhöhung, Steuermitteln und Einführung einer Bürgerversicherung vor. Eine Bürgerversicherung würde alle umfassen.

Die aktuelle Aufteilung in eine gesetzliche und private Pflegeversicherung führt zu Ungerechtigkeiten. So gibt wegen der unterschiedlichen Altersstruktur die *gesetzliche Pflegeversicherung GPV* pro versicherter Person 492 € im Jahr aus (2017), die *private Pflegeversicherung (PPV)* nur 207 € (inklusive der Beihilfeleistungen). Hinzu kommt, dass die Beitragseinnahmen der *PPV* deutlich höher liegen, da die Versicherten ungefähr doppelt so hohe Einkommen haben (24.790 € zu 52.300 €). Das führt zu erheblichen Überschüssen und Rücklagen der *PPV*, im Jahr 2019 betragen sie 34 Mrd. €. Damit könnten Leistungsverbesserungen finanziert und Beitragssteigerungen verringert werden.

Verbesserungen in der Pflege können wir nur erreichen, wenn sie solidarisch finanziert werden und nicht auf Kosten der Pflegebedürftigen erfolgen und sie in die Sozialhilfe treiben. Auch die Weiterentwicklung der Pflegeversicherung ist ein Beitrag zum Kampf gegen die Altersarmut.

Zunehmende Altersarmut offenbart strukturelle gesellschaftliche Probleme

Nelson Janßen, Mitglied der Bremischen Bürgerschaft (MBB) und Co-Vorsitzender der Fraktion „DIE LINKE“ in der Bremischen Bürgerschaft

Viele Jahre gehörten Rentnerinnen und Rentner zu jener Bevölkerungsgruppe, die mit am wenigsten von Armut betroffen waren. Das hat sich inzwischen verändert. Bundesweit und im Land Bremen nimmt die Armutsgefährdung von Menschen im Rentenalter zu. Immer weniger Menschen erhalten eine Rente, die es ihnen ermöglicht, an der Gesellschaft teilhaben zu können. Diese Entwicklung war auch Anlass, weshalb *DIE LINKE* in der Bremischen Bürgerschaft bereits Ende 2018 eine Große Anfrage an den Bremer Senat zur Entwicklung der Altersarmut im Land Bremen gestellt hat.

Der Antwort auf die Große Anfrage, vor allem aber dem aktuellen Rentenreport des Deutschen Gewerkschaftsbundes, kann entnommen werden, dass 75 % der Rentnerinnen und 47 % der Rentner, die 2018 erstmals eine Rente bezogen, eine Rente unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle von 1.035 Euro erhielten. Frauen sind zudem besonders von Altersarmut betroffen: 20 % der Neurentnerinnen erhalten Renten von weniger als 300 Euro.

In Bremen hat sich die Armutsgefährdungsquote der Rentnerinnen und Rentner in den letzten Jahren deutlich erhöht: Sie ist von 10,6 % im Jahr 2008 auf 16,6 % im Jahr 2018 angestiegen – eine Steigerung von rund 57 %!

Die Gründe für die zunehmende Altersarmut sind vielfältig. Zum einen, so der DGB, führten rentenpolitische Entscheidungen Anfang der 2000er Jahre zu einer Absenkung des Rentenniveaus. Zum anderen sorgen niedrige Löhne und atypische Beschäftigungsverhältnisse für zusätzliche Probleme: Wer dauerhaft geringe Löhne erhält und prekär beschäftigt ist, erhält ebenfalls eine niedrige Rente. Das betrifft auch besonders Frauen, die aufgrund ihrer Verantwortung für Sorgearbeit, Kindererziehung und Pflege häufig weniger erwerbstätig sind, öfter ihre Erwerbsarbeit unterbrechen und zudem generelle Benachteiligungen auf dem Arbeitsmarkt erfahren. Auch arbeiten Frauen wesentlich häufiger in gesellschaftlich wichtigen, jedoch wenig anerkannten und schlecht bezahlten Berufen wie etwa dem Pflegebereich.

Hieraus können die Handlungsfelder abgeleitet werden, auf denen Lösungen für eine Verringerung der Altersarmut in Angriff genommen werden müssen:

Neben einer Erhöhung des Rentenniveaus müssen prekäre Beschäftigungsbedingungen bekämpft und Löhne erhöht werden. Das gilt auch für den Mindestlohn, der für eine Rente oberhalb der *Grundsicherung* mindestens 12,63 Euro pro Stunde betragen muss. Bremen ist an dieser Stelle weiter als der Bund. Der *Landesmindestlohn* liegt derzeit mit 11,13 Euro über dem Mindestlohn im Bund. Und erst kürzlich hat der Senat beschlossen, dass die zuständige Kommission nun bei der Berechnung des Landesmindestlohns auch die Rentenzeit berücksichtigen muss. Nur so bekommen wir einen Mindestlohn, der im Notfall einspringt und eine Absicherung für die Zukunft gewährleistet.

Und insbesondere frauenpolitische Strategien müssen weiter in den Blick genommen werden. Die Förderung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt, eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie bessere Löhne und Arbeitsbedingungen in schlecht bezahlten Branchen sind die eine Seite der Medaille. Auf der anderen steht eine geschlechtergerechte Organisation der Sorgearbeit, für die auch Männer verantwortlich sein sollten, damit nicht nur Frauen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf leisten und später hierfür den Preis in Form von Altersarmut zahlen müssen.

Häusliche Pflege führt Frauen in die Altersarmut

Anna John, Referentin in der Abteilung Sozialpolitik im Bundesverband und Joachim Wittrien, 1. Landesvorsitzende des SoVD Landesverband Bremen

Laut Statistischem Bundesamt sind 2018 insgesamt fast 15 Prozent der Personen ab 65 Jahren armutsgefährdet. Man spricht dann von „*Armutsgefährdung*“, wenn das äquivalenzgewichtete Nettohaushaltseinkommen den Grenzwert von 60 Prozent des Medianeinkommens unterschreitet. Diese Definition von (relativer) Armut orientiert sich also am sozialen Umfeld der Menschen. Wenn wir in Deutschland von Armut sprechen, sprechen wir also vor allem auch von sozialer Ungleichheit und seltener von absoluter Armut. Denn von absoluter Armut sind Menschen betroffen, die ihre Grundbedürfnisse aufgrund von materieller Not nicht erfüllen können.

Wenn man nach Ursachen hierfür sucht, muss man insbesondere die Erwerbsbiografien von Frauen in den Blick nehmen. Das Gutachten des *Sozialverbands Deutschland e.V. (SoVD)* zur pflegebedingten Armut von 2019 zeigt: Frauen stellen ihren beruflichen Werdegang zugunsten der Familie häufig zurück. Sie leisten den Löwenanteil der Sorgearbeit: Wenn es zu einem Pflegefall in der Familie kommt, sind es in 70 Prozent der Fälle Frauen, die sich kümmern und unbezahlte Sorgearbeit leisten. Sie pflegen durchschnittlich 21 Stunden pro Woche unbezahlt. In der Folge ziehen sich viele Frauen aus dem Erwerbsleben zurück oder gehen geringfügigen Beschäftigungen nach. Sie verzichten gegenüber vollzeitarbeitenden durchgängig Beschäftigten nicht nur auf Einkommen, sondern auch auf eine auskömmliche Rente – denn sie zahlen so nur geringere Beiträge in das Sozialversicherungssystem ein. Für den SoVD gilt:

Häusliche Pflege muss endlich Anerkennung erfahren und unbezahlte Sorgearbeit aufgewertet werden.

Der SoVD hat einen praktischen Online-Check zum Thema Altersarmut entwickelt (<https://check.sovd.de/altersarmut.html>). Einige wenige Fragen müssen beantwortet werden und nach ein paar Minuten erhält man ein Ergebnis, ob ein Risiko von Armut im Alter besteht.

Der SoVD fordert weitere Maßnahmen gegen Altersarmut:

Um der Altersarmut zu begegnen, fordert der SoVD

- bessere Beitragszahlungen zur gesetzlichen Rentenversicherung in der Erwerbsphase, zum Beispiel durch die Einbeziehung von Selbstständigen ohne Alterssicherung in die gesetzliche Rentenversicherung und sachgerechte Rentenbeiträge für ALG II-Beziehende,
- verbesserte Leistungen in der Rentenbezugsphase, langfristig muss ein gesichertes Rentenniveau bei 53 Prozent das Ziel sein,
- eine sozial gerechte Ausgestaltung der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, eine existenzsichernde Grundsicherung bedeutet für Rentner*innen neben der notwendigen Anhebung der Regelbedarfe auch, dass Wohnungsgrößen und Mietobergrenzen neu bemessen und ein Zuschlag zur Deckung der gestiegenen Energiekosten eingeführt werden muss,
- die verdeckte Armut zu bekämpfen, indem Informationen zur Grundsicherung breiter gestreut, Antragsverfahren vereinfacht und auch die Bewilligungsdauer verlängert werden, eine Grundrente ohne vorgelagerte Einkommensprüfung wäre aus Sicht des SoVD ein wichtiger Schritt gewesen, um Lebensleistung tatsächlich anzuerkennen und der Scham zu begegnen, die Betroffene bei der Beantragung von Grundsicherungsleistungen empfinden und eine Leistungsanspruchnahme verhindern.

Eine wirksame Bekämpfung von Altersarmut muss aber auch beim arbeits- und sozialrechtlichen Schutz auf dem Arbeitsmarkt ansetzen. Dies erfordert

- einen armutsfesten Mindestlohn ohne Ausnahmen, der jährlich angepasst werden muss,

- Minijobs, die durch reguläre sozialversicherungspflichtige Voll- und Teilzeitarbeit zu tariflichen beziehungsweise ortsüblichen Löhnen ersetzt werden und dabei ein umfassender Kündigungsschutz wiederhergestellt wird,
- eine Überwindung der Langzeitarbeitslosigkeit indem zum Beispiel Ein-Euro-Jobs zur Wiedereingliederung von Langzeitarbeitslosen durch öffentlich geförderte Beschäftigung mit Sozialversicherungspflicht (und entsprechenden Beiträgen in der Rentenversicherung) ersetzt werden.

Nötig ist ein Konzept für lebenslange Qualifizierung, um berufliche Kompetenzen zu verbessern und Menschen so nachhaltig in eine qualifikationsgerechte Beschäftigung einzugliedern, um langfristig vor Altersarmut schützen zu können. Für Arbeitslosengeld-II-Bezieher*innen müssen sachgerechte Beiträge in der Rentenversicherung entrichtet werden. Die Bemessungsgrundlage sollte sich hierfür an 50 Prozent des Durchschnittsverdienstes orientieren, um die Solidargemeinschaft zu entlasten. Aus Sicht des SoVD ist außerdem die Zwangsverrentung mit Eintritt des 63. Lebensjahres für Bezieher*innen von ALG II vollständig abzuschaffen. Sie geht für die Betroffenen mit Abschlägen in der gesetzlichen Rente einher und mündet daher nicht selten in Altersarmut.

Verdeckte Altersarmut, Inanspruchnahme und Nichtinanspruchnahme von *Grundsicherung Informationen und Auszüge aus dem DIW-Wochenbericht 49, Dezember 2019*
Dr. Dirk Mittermeier, Mediensprecher der Seniorenvertretung Bremen

Die Grundsicherung im Alter wird von rund 60 % der Anspruchsberechtigten, hochgerechnet von etwa 625.000 Privathaushalten, nicht in Anspruch genommen. „Vier Gründe vermuten wir hinter der Nichtinanspruchnahme der Grundsicherung: Unwissenheit, geringe Ansprüche, Stigmatisierung und Komplexität. Viele Menschen wissen nicht, dass sie anspruchsberechtigt sind. Andere trauen sich nicht zuzugeben, dass sie bedürftig sind, und wieder anderen ist das Verfahren zu bürokratisch und aufwendig“, so *Peter Hahn vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW)*.

„Das Altersarmut-Risiko heute und insbesondere seine künftige Entwicklung sind derzeit wichtige Themen in der rentenpolitischen Diskussion. Altersarmut wird häufig daran gemessen, wie viele Seniorinnen und Senioren tatsächlich Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung beziehen. In dieser Betrachtung bleiben diejenigen außen vor, denen Grundsicherung zustünde, die aber, sei es aus Unwissenheit, Scham oder einem anderen Grund diese nicht in Anspruch nehmen (die sogenannte *verdeckte Altersarmut*).“

„Seit der Einführung der Grundsicherung im Jahre 2003 ist die Zahl der Personen mit Leistungsbezug ständig gestiegen, Ende 2003 waren es knapp 260.000 Personen, im Juni 2019 (letzte verfügbare Zahl) waren es 566.000 Personen, gut 3 % aller Personen ab der Regelaltersgrenze der gesetzlichen Rentenversicherung.“

„Für die politische Diskussion von Altersarmut ist das Ausmaß der Nichtinanspruchnahme von Grundsicherung von zentraler Bedeutung. Ist die Grundsicherungsquote niedrig und gleichzeitig die Nichtinanspruchnahme der Grundsicherungsleistungen hoch, ist die Altersvorsorgepolitik nur scheinbar erfolgreich. Das gleiche gilt für Reformen der Grundsicherung zur Bekämpfung von Altersarmut. Wenn ein erheblicher Teil der für den Bezug von Grundsicherungsberechtigten Senior*innen diese nicht in Anspruch nimmt, dann hat eine Ausweitung der Grundsicherungsleistung nur einen geringen Effekt auf die finanzielle Lage dieser Menschen.“

Fazit: Regeln vereinfachen, Bürokratieabbau.

„Die Analysen zeigen, dass sich für Haushalte die ihren Anspruch heute noch geltend machen nicht machen, die Einkommen im Fall der Inanspruchnahme merklich erhöhen würden. Bei den meisten Gruppen liegt die Zunahme bei rund 30 %. Diese Einkommenseffekte hätten auch Auswirkungen auf die Einkommensverteilung aller Seniorinnen und Senioren. Die Einkommen im untersten Dezil würden um etwa 15 % steigen. Diese volle Inanspruchnahme hätte aber auch merklich fiskalische Effekte: Für das Jahr 2015 weisen die Simulationen Kosten von etwa 2 Milliarden € im Jahr aus.“

Es stellt sich die Frage, warum die tatsächliche Nichtinanspruchnahme so hoch ist und welche Faktoren hinter dem beobachteten Merkmal stehen. Die Scheu vor einem möglichen Rückgriff auf das Einkommen der Kinder sollte bei der heutigen gesetzlichen Regelung nicht mehr von Bedeutung sein. Unsicher ist aber, ob dies allen Anspruchsberechtigten bewusst ist. Stigmatisierung könnte ein weiterer Grund sein. Dem könnte entgegengewirkt werden indem ein Rechtsanspruch auf Leistung gegenüber der Vorstellung von „Almosen“ im Alter deutlich hervorgehoben wird. Darüber hinaus könnte trotz der bestehenden Information- und Beratungsangebote für viele Anspruchsberechtigten das Antragsverfahren zu komplex bzw. zu bürokratisch sein und sie überfordert. In dieser Richtung lässt sich der Befund interpretieren, dass die Nichtinanspruchnahme bei älteren Personen und Personen mit niedrigem Bildungsstand besonders hoch ist.

„Ohne Änderung der Regelungen ... dürfte die verdeckte Altersarmut kaum zurückgehen.“ (DIW)

Altersarmut heute aktueller denn je **Zusammenfassung der Ergebnisse der April-Ausgabe des *Durchblick*** *Dr. Andreas Weichelt*

Altersarmut wird heute von fast allen Fachleuten der Rentenpolitik als eine der größten sozialpolitischen Herausforderungen angesehen. Die Gründe dafür sind vielfältig und oft diskutiert, zum Beispiel prekäre Beschäftigung, Umgehung der Mindestlöhne, Arbeitslosigkeit, Erwerbsminderung durch Krankheit, prekäre familiäre Verhältnisse und falsche Rentenpolitik. Seniorenpolitisch ist darüber in den letzten Jahren ausführlich diskutiert und Forderungen formuliert worden. Verschiedene Autoren schreiben in dieser Ausgabe des „*Durchblick*“ aus verschiedenen Blickwinkeln über dieses Thema. Zusammenfassend kann festgestellt werden:

Verdeckte Altersarmut gibt Hinweise darauf, wie sich Altersarmut von morgen entwickeln wird. Wissenschaftler haben festgestellt, dass die Anteile von Menschen, deren Rente zu gering ist, die aber dennoch keine staatliche Unterstützung in Anspruch nehmen relativ hoch ist. Als Überbrückung dienen dabei Zuverdienste und Unterstützungen durch Freunde, Familie und wohlthätige Institutionen. Zukunftsaussagen über die Altersarmut, die heute über den Anteil der Menschen mit Grundversorgung vorgenommen wird, sind deshalb weitgehend unzuverlässig.

Die Altersarmut in den Quartieren wird nach Ergebnissen der 4. Armutskonferenz in Bremen sehr unterschiedlich ausfallen, vergleiche dazu den Text von *Dr. Dirk Mittermeier*. Es gibt schon heute bedrückende Unterschiede zwischen einkommensstarken und einkommensschwachen Quartieren. Diese sind so erheblich, dass man von einer sozialen Spaltung der Stadt und von sozialer Ungerechtigkeit sprechen kann. Diese Tendenz wird die Altersarmut in bestimmten Quartieren in Zukunft deutlich erhöhen.

Annette Düring und der *DGB-Rentenreport 2020* zeigen auf, dass sich das Rentenniveau unter Berücksichtigung des Kaufkraftverlustes seit 2003 verschlechtert hat. Besonders deutlich wird dieser Effekt bei den Erwerbsminderungsrenten und bei der Rente für Frauen.

Bezüglich der Menschen mit Migrationshintergrund stellt *Zeynep Sümer* fest, dass es einen wissenschaftlich festgestellten Zusammenhang zwischen Armut und Migration gibt. In Quartieren mit hohem Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund sind die Armutsquote und damit auch die jetzige und zukünftige Altersarmut besonders hoch und hier mit einer stark ansteigenden Tendenz.

Dr. Karl Bronke zeigt auf, dass die Altersarmut in Bremen schon heute verglichen mit der BRD besonders hoch ist. Die Armutsgrenze wird bei 1.034,00 € für eine Einzelperson festgestellt. Auch hier ist die Zukunftsprognose für Bremen besonders negativ – nämlich mit stark ansteigender Tendenz zur Altersarmut.

Anna John und *Joachim Wittrien* interpretieren eine Untersuchung des SoVD zur Altersarmut bei Frauen. Frauen sind besonders durch die Übernahme von häuslicher Pflege und anderer häuslicher Arbeiten besonders stark von Altersarmut betroffen. Frauen übernehmen heute den überwiegenden Anteil der Sorgearbeit in den Familien der BRD und auch in Bremen. Deshalb muss Sorgearbeit dringend anerkannt werden, damit die Rentenansprüche von Frauen erheblich steigen und auch garantiert werden können. Ebenfalls sind die Rentenanteile aus Kindererziehungszeiten deutlich zu verbessern.

Bei der Rentendebatte der Seniorenvertretung 2016 ging es um eine grundsätzliche Rentenreform. Es wurde unter anderem gefordert: Eine grundsätzliche Verbesserung der Erwerbsminderungsrente als eine Hauptursache für Altersarmut, den Wegfall des 3-Säulen-Modells in der Erkenntnis, dass sich Betriebsrenten und private Altersversorgung nur unzureichend entwickelt haben und dadurch bedingt eine Stärkung der gesetzlichen Altersvorsorge gefordert werden muss sowie eine Ausrichtung am sogenannten österreichischen Modell mit einem deutlich höheren Rentenniveau auch durch die Einbeziehung von Beamten und Selbstständigen in die gesetzliche Rentenversicherung.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die Gefahr einer zukünftigen hohen Altersarmut in Bremen erheblich ist. Besonders ausgeprägt wird sie in bestimmten Quartieren, bei Erwerbsminderung, bei Frauen und bei Menschen mit Migrationshintergrund sein. Es gibt allerdings vielfältige Stellschrauben, die eine allzu negative Entwicklung zumindest abmildern können, wenn die Politik im Gegensatz zur Vergangenheit schneller reagiert und dieses Thema möglich parteienübergreifend behandelt. ***Dafür wird sich die Seniorenvertretung in der Stadtgemeinde Bremen intensiv einsetzen.***

An dieser besonderen Ausgabe des *Durchblick* haben auch externe Autor*innen mitgewirkt, wir danken allen herzlich für die gelungene Kooperation!

Dr. Karl Bronke,
Annette Düring,
Nelson Janßen,
Anna John und ***Joachim Wittrien,***

sowie von der SenV
Zeynep Sümer und
Dr. Andreas Weichelt

Impressum

Bremer Seniorenvertretung
Bahnhofsplatz 29, 28195 Bremen,
Tel.: (0421) 3 61 67 69

Seniorenvertretung@soziales.bremen.de

<https://seniorenlotse.bremen.de/>

seniorenvertretung

Redaktion DURCHBLICK

Tel: (0421) 3 61 67 69

E-Mail: d.mittermeier@web.de

Der DURCHBLICK erscheint monatlich auch im Internet unter:

<https://seniorenlotse.bremen.de/durchblick>



4. Bremen Yoksulluk Konferansı 5.2.20 Şehir ilçelerinde göçmenlere bakış Zeynep Sümer

, 'Bremen Şehri'nde kutuplaşma' Rene Böhme'nin (Bremen Üniversitesi) sunumunun Başlığı, bu sunum: İlçelerdeki eşitsizlik, oradaki yoksulluk, gelir, sosyal yardımlar, eğitim, sağlık ve siyasi katılıma bir bakış içermekte.

Fakat, ilçelerdeki göç durumu nedir? Ne gibi büyük ve derin kutuplaşmalar mevcut? En fazla yoksulluk hangi ilçelerde? Yoksulluktan etkilenen göçmenlerin sayısı ve kaç göçmenin sosyal yardımlara bağımlı olduğu?

Bremen ve ilçelerinde göç oranı: *Bremen* şehri toplam nüfusu 569.352 olup %37,3 oranı 212.562 kişi göçmen kökenli nüfusu oluşturmaktadır. En yüksek oran %55,1 ile 37.597 nüfuslu *Gröpelingen* olup nüfusun 20.945 i göçmen kökenli. Buna karşılık mukayese edildiğinde 39.161 nüfuslu *Schwachhausen*'da, nüfusun 8.443 kişi göçmen kökenli olup oran olarak %21,5 ini oluşturmaktadır.

İlçelerde en fazla kutuplaşma, yaşlılıkta yoksulluk, çocuklarda yoksulluk konularında ve sosyal yardıma bağımlı olan kişiler arasındaki kutuplaşmalarda.

En fazla yoksulluktan etkilenen ilçelerle, refah seviyesi yüksek ilçeler arasındaki senelik ortalama gelirler arasında büyük farkın oluşması. İlçeler arası mukayesede misal, *Schwachhausen* senelik ortalama gelir 53.100€, *Oberneuland* 75.025€ ile refah düzeyi yüksek olan ilçeler arasında, buna karşın 17.611€ yıllık ortalama gelir oranı ile *Gröpelingen* yerleşmiş yoksulluğun olduğu ilçeler arasında.

Bremen şehrinde 212.562 göçmen kökenli olup bu nüfustan 35.240 kişi sosyal yardıma bağımlı, 55 üstü yaş grubu %24,2 oranında 8.538 kişi ve bilhassa bunlar arasında en yüksek oran % 65,8 ile 23.204 çocuklar oluşturmaktadır.

Herşeyden önce yoksulluk göçmenlerin bir problemi, ancak aynı şekilde işsizler, düşük emeklilik geliri olanlar, yalnız ebeveynler ve onların çocukları da muzdarip. Göç oranı yüksek olan şehir ilçelerinde yaşayan göçmenler genellikle kendi çevrelerinde yaşamakta diğer sosyal gruplarla çok az iletişimlerde bulunmaktalar. Bu nedenle burada yoksulluk çoğu zaman sadece finansal yoksulluk değil aynı zamanda kültürel ve sosyal yoksulluktur.

Kaynak: Statistische Landesamt Bremen 31.12.2013, 31.12. 2018

Bundesagentur für Arbeit 31.12.2018

(Blick auf die Migranten in den Quartieren, DURCHBLICK April 2020 Nr. 243)

Grohn-Grohner Düne

Zeynep Sümer

4. Yoksulluk Konferansı'nın ikinci bölümünde katılımcılar gruplar halinde 17 ilçeyi ziyaret etti. Bir grup *Grohn*'daydı ve konu yoksulluğun çocuklar üzerindeki etkisinin hafifletilmesi ve sağlığın teşviki idi.

Grohn ve *Grohner Düne Vegesack* ilçesinin bir mahallesi. 2005 yılından bu yana sosyal kentsel gelişim programları, "WIN-Wohnen in Nachbarschaften" mahallelerde yaşam projesi kapsam bölgelerinden biri.

Grohn 6.274 nüfuslu ve bu nüfustan yaklaşık 2.000 kişi *Grohner Düne* bina kompleksinde yaşıyor. *Grohn*'da nüfusun %54,9 göçmen kökenli olup %78,6 sını 18 yaş altı grubu oluşturmaktadır. Blok binalar son yıllarda çoğunlukla Arapça konuşulan ülkelerden, Kosova ve Afrika'dan. Büyük *Grohner Düne*'de %86,9, küçük *Grohner Düne*'de %95,4 göçmen yaşamakta ve 18 yaş altı grubun oranı büyük *Grohner Düne*'de %92,3 ve küçük *Grohner Düne*'de %99. *Grohner Düne*'de sosyal yardım alanlar (SGBII) yaklaşık % 65. Sosyal yardım alan 15 yaş altı grubunda ise bu oran %82–88.

(Kaynak: Tabellen Kleinraum-baublok-5752. Vegesack 2018 ve Mahalle yönetiminden verilen bilgiler)

Teşvik programları:

Mahalle yönetiminden *Cristian Ganske* ile yapılan küçük bir turdan sonra mahalle sakinleri ve ilgililer ile mahalledeki durum, yeni zorluklar, ihtiyaçlar ve perspektifler tartışıldı. Çeşitli entegrasyon ve komşuluk işbirliği teşvik programları mevcut örneğin: Bremen'deki ilkokullarda sağlık projeleri gibi. *Bremen* ve *Bremerhaven*'da toplam 12 ilk okulda 2018–2019 öğrenim yılının başından bu yana, 'sağlığın teşviki ve geliştirilmesi' gayeli yedi uzman eleman görevli. Başlangıçta üç yıllık bir program ve Sağlık, Kadınlar ve Tüketicilerin Korunması Senatörlüğü ve *Bremen* Eyaleti Yasal Sağlık Sigortası tarafından desteklenmekte. Buna, öğretim tasarımı, veli çalışmaları, öğrenci ve velilerine bireysel danışmanlık dahil. Das WIN-Projesi kapsamı, *Grohn*'daki çocuklar ve ailelerinin yaşam kalitelerinin iyileştirilmesi, şiddetten kaçınma, sağlıklı beslenme, kültürler arası ilişki, dil gelişimi, kentsel idari sistemlere yönelim ve eğitim sorunları.

Grohn aynı zamanda orada oturan kişilere fırsatlar da sunmakta örneğin: Beş yıl önce *Almanya*'ya gelip *Grohn*'a yerleşen Almanca öğreniminden sonra iş bulup çalışmaya başlayan Suriye'li bir bayanın belirttiğine göre, *Grohner Düne* sakinlerinin birbirleriyle barış içinde ve huzurlu olarak yaşadıklarını fakat arzuları, Almanlarla olan iletişimlerde, 'aynı seviyede' iletişim olması. Bu arada ön yargı ve kriminal vakalarda da %80 lik bir azalma olduğu da kendisinin belirttiği olumlu konulardan bazıları.

(*Grohn-Grohner Düne*, DURCHBLICK April 2020 Nr. 243)

Tercüme/Editör: Zeynep Sümer

(Mit Unterstützung der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport, Referat Integration)